
**Migrants in Deutschland:
Herausforderungen
an die Integrationsdebatte**

Nele Katharina Wissmann

Januar 2013

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

Robert Bosch Stiftung

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères gefördert.



Auswärtiges Amt



Herausgeber: Dr. Yann-Sven Rittelmeyer und Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-122-4

© Ifri – 2013 – Tous droits réservés

Ifri
27 rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60
Email: accueil@ifri.org

Ifri-Bruxelles
Rue Marie-Thérèse, 21
1000 – Bruxelles – BELGIQUE
Tel.: +32 (0)2 238 51 10
Fax: +32 (0)2 238 51 15
Email: info.bruxelles@ifri.org

Website: ifri.org

Der Autor

Nele Katharina Wissmann ist seit September 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Cerfa. Innerhalb des Cerfa ist sie insbesondere für die Koordination des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ verantwortlich, das in Kooperation mit der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) läuft und von der Robert Bosch Stiftung finanziert wird. Sie ist Absolventin des Masterprogramms Europäische Studien der Universität Paris III – Sorbonne Nouvelle.

Zusammenfassung

Die Auseinandersetzung mit der Integrationsfrage ist noch relativ jung, da sich Deutschland erst spät als Einwanderungsland perzipierte, eine Anerkennung dieses Status war jedoch für die Entwicklung einer Integrationsstrategie unabdingbar.

Lange Zeit war der Status der Gastarbeiter unklar und es wurde so nicht in Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen investiert, Integrationsmaßnahmen waren so nur vereinzelt und häufig in Modellform vorzufinden. Politische Konjunkturen, die Diskussionen über Leitkultur und Multikulti begünstigten, sind vergänglich, es ist jedoch Herausforderung der deutschen Integrationspolitik, eine langfristige Perspektive für den Staat, die deutsche Gesellschaft und die Migranten zu bieten. Die emotional aufgeladene Islamdebatte, die in Deutschland losgetreten wurde, hat jedoch bereits verstärkend dazu geführt, dass sich Türken die Frage nach ihrer eigenen Identität und ihrer Zugehörigkeit stellen.

Die Analyse zieht die Schlussfolgerung, dass Deutschland gezielter langfristige Perspektiven entwickeln muss, um Spaltungen einer multikulturellen Gesellschaft zu vermeiden und deren Potenziale angesichts der demographischen Probleme des Landes zu nutzen.

Inhaltsverzeichnis

MIGRANTEN IN DEUTSCHLAND: DIE INTEGRATIONSDEBATTE	4
WIE RICHTET DEUTSCHLAND SEINE INTEGRATIONSKOMPASS AUS? – LEITKULTUR VS. MULTIKULTI.....	7
„FÖRDERN UND FORDERN“ – INTEGRATIONSMASSNAHMEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ..	10
SCHAFFT DEUTSCHLAND SICH AB? – DIE DEUTSCHE ISLAMDEBATTE...	14
SELBSTWAHRNEHMUNG DEUTSCHER MIT TÜRKISCHEN MIGRATIONSHINTERGRUND UND TÜRKEN DRITTER GENERATION	19
ANTWORTEN AUF AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN UND DEFIZITE	23

Migranten in Deutschland: Die Integrationsdebatte

„Multikulti ist gescheitert“¹, so die Einschätzung der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2010. Die Themen Immigration und Integration werden von Politik und Medien in Deutschland regelmäßig aufgegriffen, sind dabei jedoch häufig emotional aufgeladen und stützen sich nur selten auf wissenschaftlich begründete Analysen.

Wenngleich durch die Wirtschaftskrise verstärkt innergemeinschaftliche Einwanderung nach Deutschland stattfindet, wird mit dem Begriff Integration weiterhin vor allen Dingen die Einwanderung von Migranten aus außereuropäischen Staaten mit einem besonderen Fokus auf die Türkei² verbunden, auch wenn die türkische Bevölkerung weniger als ein Viertel des Ausländeranteils darstellt.³ Deren vermeintliches Scheitern im Integrationsprozess wird wiederum vereinfacht durch ihre Religionszugehörigkeit erklärt. Die Aussage von Angela Merkel, aber auch andere Wortmeldungen wie etwa die vom ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, dass der „Islam zu Deutschland gehört“⁴ oder eben die Verneinung genau dieser These durch andere Politiker⁵, zeigen sehr deutlich die Komplexität dieser Debatte aber gleichermaßen ihre Zentralität für die Gesellschaft auf.

¹ Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Deutschlandtag der Jungen Union in Potsdam, 16. Oktober 2010.

² Festzustellen ist in der Debatte eine Vermischung der Begriffe, die zu einer sachlichen Ungenauigkeit führen. So werden auch die Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund, häufig Teil der 3. Generation, in die Debatte einbezogen.

³ 2011 waren 23,2% der insgesamt 6.930.896 Ausländer in Deutschland türkischer Herkunft. Italiener stellten 7,5%, Polen 6,8% des Ausländeranteils dar. 19,1% der Ausländer kamen durch innergemeinschaftliche Einwanderung nach Deutschland (ohne Griechenland, Italien und Polen). Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2011): Das Bundesamt in Zahlen 2011, S.103 [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile].

⁴ Rede von Bundespräsident a.D. Christian Wulff am 3. Oktober 2010 zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit.

⁵ Die Debatte wurde durch verschiedene Politiker aufgegriffen und scheint bis heute ungeklärt. Der im März 2012 ernannte Bundespräsident Joachim Gauck widersprach so seinem Vorgänger: „Ich hätte einfach gesagt, die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland“ (in einem Interview mit DER ZEIT vom 31. Mai 2012).

Die Auseinandersetzung mit der Integrationsfrage ist dabei noch relativ jung, da sich Deutschland erst spät als Einwanderungsland perzipierte, eine Anerkennung dieses Status war jedoch für die Entwicklung einer Integrationsstrategie unabdingbar. Die Versäumnisse, die durch eine fehlende bzw. verspätet einsetzende Integrationspolitik entstanden, zeigen heute an verschiedenen Brennpunkten Deutschlands ihre Auswirkungen. Zum Symbol für die fehlgeschlagene Integration wurde 2006 die Rütli-Schule: In einem Brandbrief an die Berliner Schulaufsicht prangerten die Lehrer der Gemeinschaftsschule mit einem Migrantenanteil von über Zweidritteln die unhaltbare Situation an ihrer Schule an, die durch Gewalt, Schulabbrecher und Analphabetentum geprägt war.

Politische Versäumnisse sind somit zu großen Teilen Ursache dieses Integrationsdefizits. Aber auch Teile der Migrantengruppe haben den Sprung auf den Integrationszug verpasst: Lange Zeit perzipierte man sich als „Gastarbeiter“, wobei dem Wortteil „Gast“ ein besonderer Stellenwert zugemessen wurde. Wer Gast in einem Land war, sah sich nicht unbedingt dazu verpflichtet, Sprache und Kultur des Gastgeberlandes anzunehmen, da es sich nur um einen Aufenthalt auf Zeit handelte. Viel zu spät, vermehrt auch erst Jahre nach dem Familiennachzug und in der 2. und 3. Generation, wurde man sich der Notwendigkeit der Integration in die deutsche Gesellschaft bewusst, häufig waren die Gräben jedoch schon tief.

Die vorliegende Analyse setzt es sich zum Ziel Fremd- und Selbstwahrnehmung von Migranten aus außereuropäischen Staaten nachzuzeichnen, die sich auf ihre Integration in Deutschland auswirken. Dabei sollen wie oben aufgeführt einseitige Schuldzuweisungen an die Politik oder die Migranten vermieden werden. Integrationsdefizite sind vielmehr als Resultat einer zuerst fehlenden und dann fehlgeleiteten Integrationsdebatte einzuordnen, deren Kompassnadel mal in Richtung Assimilation, mal in Richtung Multikulturalismus zeigte, da eine Diskussion darüber, was Integration eigentlich bedeutet und was von ihr erwartet wird, nur begrenzt stattfand.

Die Analyse diskutiert somit in einem ersten Schritt die gesellschaftspolitischen Debatten über die Definition und Aufgaben der Integration. Die Definition der Begriffe „Assimilation“ und „Multikulturalismus“ ist dabei unabdingbar, da sie in der deutschen Debatte häufig vermischt werden und einer starken Mediatisierung unterlaufen. Nachzuweisen ist, dass sich deutsche Integration genau zwischen diesen beiden Modellen ansiedeln sollte, Grundprämisse sollte dabei das „Fördern und Fordern“⁶ sein, bei dem Staat und Migranten eine gleichwertige Verantwortung am Integrationserfolg

⁶ Es handelt sich hierbei um die Grundforderung des aktuellen Integrationskonzepts der deutschen Bundesregierung.

zukommt. Die Analyse diskutiert dementsprechend in einem zweiten Schritt die aktuellen Integrationsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Erfolge und Grenzen. Sind die Integrationsmaßnahmen inzwischen flächendeckend und auf die vielfältigen Lebenssituationen angepasst worden, scheint ein neuer Aspekt in das Zentrum der Integrationsdebatte gerückt zu. Nicht erst seit Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“⁷, durch dieses Buch jedoch deutlich verstärkt, rückt die religiöse Zugehörigkeit der Migranten in den Fokus der Debatte. Der Spätsommer 2012 wurde in Deutschland so durch die Beschneidungsdebatte dominiert, doch auch schon vorher beherrschten Kopftuch- und Moscheedebatten und die Frage nach islamischem Religionsunterricht die Berichterstattung. Während sich die politische Elite in diversen Reden und Zeitungsbeiträgen darüber zerstritt, ob der Islam Teil Deutschlands ist oder sein sollte, hielt das Phänomen der Salafisten, die in deutschen Städten den Koran verteilten, für Medien und Islamkritiker als Paradebeispiel dafür hin, dass der Islam die deutsche Gesellschaft unterwandert. Die Islamdebatte ist schliesslich auch einer der Gründe, warum sich gerade Deutsche mit türkischen Migrationshintergrund bzw. Türken der 3. Generation in Deutschland nicht zu Hause fühlen: In dem letzten Teil der Analyse soll diskutiert werden, wie sich diese Personen selbst wahrnehmen, von außen perzipiert werden und was dies für ihre Integration bedeutet.

7 Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: DVA. Dem Thema „Zuwanderung und Integration“ ist das 7. Kapitel gewidmet. Einschlägige Thesen zu den Muslimen Deutschlands werden jedoch auch in anderen Kapiteln aufgeführt (vor allen Dingen im Kapitel „Bildung und Gerechtigkeit“).

Wie richtet Deutschland seine Integrationskompass aus? – Leitkultur vs. Multikulti

Die Debatte über Integration wurde in den letzten Jahren vor allen Dingen durch zwei Begriffe geprägt und teilweise dominiert. Gemeint sind die Begriffe „Assimilierung“, eng verbunden mit dem Begriff der Leitkultur, und „Multikulti“: „Wir wollen, dass die christlich-abendländische Kultur die Leitkultur bleibt, und nicht aufgeht in einem Mischmasch“⁸, so forderte der CSU-Politiker Edmund Stoiber im Jahr 2000. „Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich verstehe sehr gut, dass ihr gegen die Assimilierung seid. Man kann von euch nicht erwarten, euch zu assimilieren“⁹, sagte Tayyip Erdoğan 2008 zu über 20 000 Türken, die in der Kölnarena versammelt waren, „Multikulti ist tot“ stellte Angela Merkel 2010 fest.

Fakt ist, dass Integrationsdefizite als Resultat einer unklaren Definition von Integration einzuordnen sind, deren Kompassnadel mal in Richtung Assimilation, mal in Richtung Multikulturalismus zeigte, beide Begriffe jedoch polemisch eingefärbt sind: Da der Begriff Assimilation für die Bundesrepublik Deutschland aus historischer Sicht ein Problem darstellt, argumentieren deutsche Politiker mit dem Begriff der „Leitkultur“. Der Begriff wurde im Jahr 2000 vom CDU-Abgeordneten Friedrich Merz zur Diskussion gestellt und löste eine große Polemik aus. Gefordert wurde, dass die Migranten einen Integrationsbeitrag leisten sollen, eine Anpassung an die kulturellen Grundvorstellungen Deutschlands wurde so erwartet. Diese Forderung grenzt sich durchaus nicht von dem Meinungskonsens anderer Parteien ab. Problematisch wurde es, als der Begriff unweigerlich mit der „christlich-abendländischen“ Kultur verbunden und so dem muslimischen Glauben entgegengestellt wurde. Tendenzen der Assimilation wurden sichtbar; die Leitkulturfrage wird auch dadurch angreifbar, da versucht wird über die Integrationsdebatte die Identitätsdebatte des Landes zu führen. Diese Kontroverse schwillt in Deutschland immer wieder an, wie zum Beispiel die Äußerungen vom ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und dem derzeitigen Bundespräsidenten zum Thema Islam beweisen. Kritisch gesehen

⁸ Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 23.10.2000.

⁹ Übersetzung einer Rede von Tayyip Erdoğan vom 10.2.2008 in Köln.

wird dies auch in der Türkei, wie es die Rede vom Tayyip Erdoğan aufzeigt.

Das wirkliche Problem liegt in der Tatsache, dass sich Deutschland lange Zeit nicht als Einwanderungsland definierte. Ohne ein wirkliches Bekenntnis zur Einwanderungskultur konnte jedoch auch keine Integrationspolitik festgelegt werden.¹⁰ Statt konzeptorientierter Integrationspolitik gab es auch nach dem „Anwerbestopp“ für Gastarbeiter 1973 noch lange Zeit nur „Ausländerpolitik“, die als auf Ausländer angewandte Arbeitsmarktpolitik zu definieren ist. Die in Deutschland lebenden Migranten wurde so unbewusst „freigestellt“ sich mit dem deutschen Staat zu assimilieren oder eben nach den Prinzipien der Multikulturalität zu leben. Dabei ist angesichts der vieldiskutierten Multikulti-Frage darauf hinzuweisen, dass „Multikulturalismus“ ganz unterschiedlich ausgelegt werden kann, und somit auch zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen der Politiker führt. Ist für die aktuelle Bundeskanzlerin Multikulti so gescheitert, steht sie für die Grünen überhaupt nicht zur Diskussion: „Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht“¹¹. Problem ist hierbei die Vermischung von Begriffen und ihren Auslegungen, die aufeinanderstossen und Polemik verursachen. Festzuhalten ist, dass in Deutschland durchaus von einer multikulturellen Gesellschaft gesprochen werden kann. Auch wenn die Existenz verschiedener ethnischer und kultureller Gruppen anerkannt wird, verlangt der deutsche Staat jedoch die Beachtung des Grundgesetzes und westlicher kultureller Werte, Sprachkenntnisse werden zum Integrationsfaktor. Somit ist auch der „Multikulturalismus“ nicht der treibende Grundwert deutscher Integrationspolitik.

Diese macht vorsichtige Schritte und richtet ihre Kompassnadel neu aus. Wichtig war dabei sicherlich, dass man sich als Einwanderungsland bekannte. Dies wurde vor allen Dingen durch die Staatsbürgerschaftsreform¹² bekräftigt, die den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft spürbar erleichtert und so neue Perspektiven für die Migranten eröffnet. Gleichzeitig bekannte sich der deutsche Staat mit der Reform zum dauerhaften Aufenthalt von Ausländern und musste dementsprechend eine Politik anbieten, die dieser neuen Realität gerecht wird. Festzuhalten ist, dass politische Konjunkturen, die Diskussionen über Leitkultur und Multikulti

10 Vgl. hierzu z.B. Antonia Scholz (2012), Migrationspolitik zwischen moralischem Anspruch und strategischem Kalkül. Der Einfluss politischer Ideen in Deutschland und Frankreich, Wiesbaden: VS-Verlag.

11 Claudia Roth, FAZ.net, 20. November 2004.

12 Das Einbürgerungsverfahren kann so bereits nach acht Jahren eingeleitet werden. Ehegatten und Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie noch nicht seit 8 Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Seit dem 1.1.2000 erwerben ferner auch in Deutschland geborene Kinder, deren beiden Elternteile Ausländer sind, die deutsche Staatsbürgerschaft. Es besteht für sie jedoch weiterhin die Optionspflicht; mit dem Erreichen der Volljährigkeit muss zwischen beiden Staatsbürgerschaften entschieden werden.

begünstigten, vergänglich sind, es jedoch Herausforderung der deutschen Integrationspolitik ist, eine langfristige Perspektive für den Staat, die deutsche Gesellschaft und die Migranten zu bieten. Die Notwendigkeit neuer Konzepte begründet sich zunehmend auch auf wirtschaftlichen Überlegungen.¹³ Dem demographischen Wandel muss gezielt durch Einwanderungsstrategien gegengesteuert werden, denen ebenfalls die entsprechenden Integrationsangebote für außereuropäische Migranten, verstärkt jedoch auch für die innergemeinschaftlichen Einwanderer, beigelegt werden müssen. Durch die Strategie „Fördern und Fordern“ konnten erste Grundsteine gesetzt werden.

13 Das Arbeitskräfteangebot würde sich bei konstanten Erwerbsquoten laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung allein aufgrund der demographischen Entwicklung von 44,75 Millionen im Jahr 2008 auf 26,7 Millionen im Jahr 2050 verringern. (vgl. chs, Johann, Doris Söhnlein und Brigitte Weber (2011): Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050. Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten. IAB-Kurzbericht 16/2011.). Bereits 2025 stünden nur noch 38 Millionen Erwerbspersonen zur Verfügung. Bei einer Mobilisierung inländischer Potenziale, z.B. Frauen und Ältere und einem Zuzug von 100.000 Zuwanderern, könnte man laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung 2025 von einem Erwerbspersonenpotenzial von 41,3 Millionen ausgehen. Damit fiel der Rückgang bedeutend geringer aus.

„Fördern und Fordern“ – Integrationsmassnahmen der Bundesrepublik Deutschland

Das deutsche Aufenthaltsgesetz ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit Deutschlands. Dadurch ist Integration nicht mehr wie in der Vergangenheit als Sozialarbeit zu verstehen, sondern impliziert die Migrationssteuerung.

In Deutschland besteht der Grundkonsens, dass Integrationsarbeit nicht darauf beschränkt ist, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur zu begleiten, sondern Mindestanforderungen an die Einwanderer zu stellen sind. Zu diesen Anforderungen gehören die Beherrschung der deutschen Sprache und die Akzeptanz der Grundwerte der Aufnahmegesellschaft. Werden diese Grundkenntnisse vom deutschen Staat eingefordert, sollen auch die Integrationsbestrebungen der Einwanderer angenommen und begleitet werden. Die Integrationspolitik der Bundesrepublik folgt so dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“.

Festzustellen ist somit eine Verschiebung der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Migranten. Durch die, wenn auch verspätete Selbstwahrnehmung als Einwanderungsland nahm Deutschland seine Einwanderer nun als Einwohner mit längerfristiger Aufenthaltsdauer wahr, verstärkend kommt hinzu, dass ihnen in der Diskussion über den demographischen Wandel ein zentraler Platz eingeräumt wird. Dadurch werden Potentiale aufgedeckt, die es zu fordern und fördern gilt. Diese neue Fremdwahrnehmung der Migranten sollte im logischen Schluss längerfristig dazu führen, dass Migranten sich als zentrales Element der Gesellschaft wahrnehmen und so Integrationsmaßnahmen offener gegenüberstehen.

Eine Vereinheitlichung dieser Maßnahmen erweist sich jedoch vor allen Dingen dadurch als schwierig, dass in Deutschland durch das föderale System auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen unterschiedliche Zuständigkeiten bestehen. Ein für die Integration zentraler Bereich wie Bildung liegt im Kompetenzbereich der Länder, Arbeitsmarktpolitik wiederum in dem von Bund und Kommunen. Vielfach stellt diese Kompetenzaufteilung die Bundesländer jedoch vor besondere Herausforderungen, da die Ausländeranteile in den einzelnen Bundesländern stark variieren.

So liegt der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) bei nur 2,4 % während in den alten Bundesländern jeder zehnte Bürger Ausländer ist – aber auch gibt es hier starke Unterschiede und so liegt der Ausländeranteil in Berlin bei 13,7%.¹⁴ Begegnet werden soll dieser Vielfalt durch gezielte Integrationsförderung und Foren des Integrationsdialogs, die dem Konzept des „Förderns und Forderns“ Inhalt geben.

Stellvertretend für die Maßnahmen zur Integrationsförderung und die Foren des Integrationsdialogs sollen in dieser Studie die Integrationskurse und der Nationale Aktionsplan Integration vorgestellt werden.

Nicht-EU-Ausländer sind zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet, wenn sie zu Erwerbszwecken, zu Zwecken des Familiennachzugs oder aus humanitären Gründen eine erste Aufenthaltsgenehmigung beantragen und nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, beziehungsweise in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und die Ausländerbehörde sie zur Teilnahme am Integrationskurs auffordert.¹⁵

Bezüglich der Orientierungskurse sind drei Aspekte hervorzuheben. Um die individuelle Sprachförderung der Teilnehmer zu ermöglichen, wird der Sprachkurs in sechs Abschnitten vorgenommen. Dies ist positiv einzuschätzen, da so den unterschiedlichen Migrationshintergründen besser gerecht werden kann.¹⁶ Positiv ist des Weiteren, dass der Test, der am Ende des Orientierungskurses steht, den Anforderungen des Einbürgerungstest angepasst werden soll, und so den Kursteilnehmern auch eine längerfristige Perspektive bieten kann, die sich motivationsfördernd auswirkt. Zentral ist jedoch der fordernde Charakter der Maßnahme: Seit der 2011 in Kraft getretenen Änderung des Aufenthaltsgesetzes wird eine Aufenthaltserlaubnis nur dann verlängert, wenn der Ausländer seiner

14 Bundesministeriums des Inneren (2011): Migration und Integration-Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik, S. 34.

[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/Migration_und_Integration.pdf;jsessionid=0DFA6DF6ACA7B518071C46508830B48A.2_cid287?__blob=publicationFile]

15 Vgl. Informationen auf der Homepage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu Integrationskursen. Der Integrationskurs setzt sich dabei aus zwei Elementen zusammen und umfasst 600 Stunden Deutschunterricht, bei dem das Niveau B1 auf Basis des europäischen Referenzrahmens erreicht werden muss, und 60 Stunden Orientierungskurs zur Vermittlung von Wissen über die Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland. Der Integrationskurs wurde dabei an bereits vorhandene Erfahrungswerte angepasst: Die Stundenzahl des Orientierungskurses wurde im Jahr 2012 von 45 auf 60 Stunden angehoben. Das Niveau B1 des Europäischen Referenzrahmens wurde auf Basis von Erfahrungen in den Niederlanden festgelegt. Hier wurde das Niveau B2 nur von einer geringen Anzahl von Migranten erreicht.

16 Für Personen mit besonderem sprachpädagogischen Förderbedarf kann das Kursangebot so auf 900 Stunden aufgestockt werden.

Teilnahmepflicht nachgekommen ist. Die Erlaubnis wird im Folgenden höchstens um ein Jahr verlängert, bis der Ausländer seiner Kurspflicht nachgekommen ist oder einen anderweitigen Beweis liefert, dass er die sprachlichen und landeswissenschaftlichen Kompetenzen besitzt. Der deutsche Staat fordert somit ein festgelegtes Mindestniveau an Sprachkenntnissen, liefert für den Erwerb dieser jedoch auch die Strukturen.¹⁷

Der erste Integrationsgipfel der 2006 durch das Kanzleramt organisiert wurde, führte zur Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans, der das Prinzip des zielorientierten Förderns verfolgt. Dieser wurde inzwischen zum Nationalen Aktionsplans Integration weiterentwickelt und umschließt 11 Dialogforen in deren Rahmen konkrete und zu überprüfende Ziele festgelegt werden. Die Ergebnisse wurden zu Beginn des Jahres 2012 vorgestellt und umfassen Themen der Bildungspolitik (z.B. frühkindliche Förderung), des Arbeitsmarkts (z.B. Erwerbsleben, Migranten im öffentlichen Dienst), sowie der sozialen Inklusion (z.B. Sport, bürgerschaftliches Engagement). Im Bereich Arbeitsmarkt soll so zum Beispiel die individuelle Förderung verstärkt werden um somit die Potentiale von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen besser zu erkennen, im Ausland erworbene Abschlüsse besser anerkannt und der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst von Bund und Ländern erhöht werden. Zu Erreichung dieses Ziels werden durch „Werbemaßnahmen im Internet und in der Öffentlichkeitsarbeit, durch Kooperationen mit Dritten sowie durch Informationen im Bereich des Umfelds (Eltern)“¹⁸ Ideen zur Berufsorientierung gesetzt. Aufgebaut wurde so eine Internetseite zu aktuellen Ausbildungs- und Stellenangeboten. „Wir sind bund“¹⁹ setzt es sich zum Ziel vor allen Dingen junge Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu interessieren.

Es ist somit festzustellen, dass mit den Integrationsmaßnahmen ein klares Bekenntnis zur Integration stattfand. Lange Zeit war der Status der Gastarbeiter unklar und es wurde so nicht in Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen investiert, Integrationsmaßnahmen waren so nur vereinzelt und häufig in Modellform vorzufinden. Auch heute sind jedoch noch Teile der deutschen Integrationspolitik als defizitär anzusehen, verschiedene wissenschaftliche Analysen verweisen auf fehlgeschlagene Integration, die

17 Kursteilnehmer bezahlen pro Kursstunde einen Beitrag von ca. 1€ (situationsabhängig), der Restbetrag wird durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übernommen.

18 vgl. Drucksache 17/9268 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Tempel, Jan Korte, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

19 www.wir-sind-bund.de

auch wirtschaftliche Konsequenzen für den deutschen Staat hat.²⁰ Da die Maßnahmen jedoch relativ spät einsetzten, sind die Integrations-erfolge teilweise als geringer einzuschätzen als in anderen Ländern.²¹ Gleichzeitig ergeben sich in den aktuellen Debatten weiterhin Parallelen, denen durch einen gesamteuropäischen Ansatz begegnet werden sollte, die jedoch bisher auf nationaler Ebene geführt werden. Besonders anzuführen ist dabei die Islamdebatte, die auch in den Nachbarländern virulent geführt wird.

20 Vgl. hierzu Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Ungenutzte Potentiale – Zur Lage der Integration.

[<http://www.berlin->

[institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf)]

21 Vgl. hierzu Migrant Integration Policy Index“ (MIPEX). Der MIPEX vergleicht den rechtlichen Rahmen für Integration in 31 Ländern Europas und Nordamerikas. Im aktuellen MIPEX erreichen die 31 Teilnehmerländer im Durchschnitt 52 von 100 möglichen Punkten. Spitzenreiter sind Schweden (83), Portugal (79) Deutschland liegt mit insgesamt 57 Punkten etwas über dem Durchschnitt.

Schafft Deutschland sich ab? – Die deutsche Islamdebatte

„Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert“²², so argumentierte der SPD-Politiker Thilo Sarrazin schon 2009.²³ Nur ein Jahr später erschien sein Buch „Deutschland schafft sich ab“, in dem er den Islam als Ursache vieler Fehlentwicklungen in Deutschland ausmachte, so heisst es in seinem Buch: „In keiner anderen Religion ist der Übergang zu Gewalt, Diktatur und Terrorismus so fließend“. Keine andere Migrantengruppe, so Sarrazin, trete „so fordernd“ auf und betone in der Öffentlichkeit so sehr ihre Andersartigkeit, „insbesondere durch die Kleidung der Frauen“. Die Thesen von Thilo Sarrazin, bewiesen sich nicht als Randerscheinung der deutschen Gesellschaft, sondern stießen auf sehr breites politisches und mediales Echo. Wichtig ist dabei nicht die Tatsache, dass über seine Aussagen diskutiert, und diese hierbei vielmals abgelehnt wurden, zentraler ist vielmehr die Intensität und Dauer der Debatte, die aufzeigte, dass hinter der Frage, welcher Platz der Islam in der deutschen Gesellschaft einnimmt, weiterhin ein grosses Fragezeichen steht. Sehr vorsichtig sollte man dabei mit dem Begriff der „Islamophobie“ umgehen, der immer wieder in der Debatte auftauchte. Fakt ist jedoch, dass viele Deutsche ein zwiespältiges Verhältnis zum Islam haben. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010 wird so aufgeführt, dass 58% der deutschen Bevölkerung der Ansicht sind, dass für Muslime die Religionsfreiheit eingeschränkt werden sollte.²⁴ Es handelt sich weniger um eine neue Form deutscher Fremdenfeindlichkeit, sondern zeigt lediglich auf, dass Kritik an der muslimischen Kultur salonfähig geworden ist.

Die Wahrnehmungsverschiebung, die den arbeitenden Türken zum nicht-integrierten Muslim werden ließ, verlief dabei schrittweise.

22 Interview in Lettre International, Berlinheft, 30. September 2009.

23 Zu vermerken ist, dass es sich nicht um eine parteipolitische Linie der Sozialdemokraten handelt. Thilo Sarrazin wurde von seiner Partei stark kritisiert, zwei gegen ihn angestrebte Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel seines Ausschlusses aus der Partei scheiterten jedoch.

24 Friedrich Ebert Stiftung (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, S. 134. [<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>]

Ende der 1960er-Jahre wurden die türkischen Gastarbeiter ausschliesslich in ihrer wirtschaftlichen Funktion wahrgenommen; unterschiedslos wurden sie der Gruppe der „Südländer“ zugeordnet, denen man „Arbeitswilligkeit“ und „Disziplin“ nachsagte. Da es sich bei der Einwanderung der türkischen Gastarbeiter auf Grund des späteren Familiennachzugs um eine Kettenwanderung handelte, konnten „ethnische Kolonien“²⁵ entstehen, die für die Migranten zu Sackgassen wurden und ihre Integration in die deutsche Gesellschaft erschwerten. Mit der räumlichen Konzentration von türkischen Migranten entstanden gleichzeitig jedoch auch neue Vorurteile, Rede war nun von türkischen Ghettos. Erst mit dem „Sichtbarwerden des Islams“ ab den 1980er Jahren durch Moscheen, Minarette und Kopftücher änderte sich die Sichtweise auf die Migranten, die von „Gastarbeitern“ zu „Muslimen“ wurden. Dies erklärt warum in den Diskussionen zur Integration, die Islamdebatte inzwischen omnipräsent ist und die Religion eines Migranten stärker wahrgenommen wird als seine Herkunft.

Auch wenn verschiedene Politiker der Debatte inzwischen den Wind aus den Segeln nehmen wollten, indem sie sich dazu bekannten, dass der Islam zu Deutschland gehört (Wulff) oder zumindest die Muslime (Gauck), zeigt allein dieser feine Unterschied zwischen den beiden Aussagen deutscher Bundespräsidenten auf, mit welcher Malaise das Thema Islam in Deutschland diskutiert wird.

Dabei gibt es durchaus Foren, in denen das Thema zum Gegenstand gemacht wird. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Deutsche Islamkonferenz, deren Ziel es ist, den Dialog „zwischen staatlichen und muslimischen Vertretern (...), das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern“²⁶. Vielfach haben Initiativen auch dazu geführt, dass Muslime die Ausübung ihrer Religion leichter gemacht bzw. an deutsche „Standards“ angepasst wird. Anfang 2012 wurde so das erste „Zentrum für Islamische Theologie“ in Tübingen eröffnet; auch die Universitäten Münster/Osnabrück, Frankfurt/Gießen und Nürnberg-Erlangen wurden für die Einrichtung islamischer Lehrstühle ausgewählt. Seit dem Schuljahr 2012/13 wird in Nordrhein-Westfalen auch islamischer Religionsunterricht erteilt.²⁷ Andere Themen bleiben indes sensibel. Als das Bundesverfassungsgericht 2003 entschied, dass einer Lehrerin ihr

25 Der Begriff der „ethnischen Kolonien“ wird in verschiedenen wissenschaftlichen Texten genutzt, um die Aus- und Abgrenzung der türkischen Bevölkerung in Deutschland zu beschreiben; vgl. z.B. Ceylan, Rauf (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

26 Vgl. Aufgabendefinition auf <http://www.deutsche-islam-konferenz.de> [Stand 5.11.2012].

27 Zu verweisen ist hierbei auf die Bildungshoheit der Länder. Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG sichert den Bestand von Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. Religionsgemeinschaften haben daraus unter bestimmten weiteren Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf die Erteilung von Religionsunterricht.

Kopftuch nicht untersagt werden kann, solange keine besondere Rechtsgrundlage besteht und die Bundesländer anwies, entsprechende Gesetze zu schaffen, wurde eine politische und juristische Debatte losgetreten. Der Sommer 2012 wurde durch die Beschneidungsdebatte geprägt, die neben der muslimischen Bevölkerung auch die über 100 000 Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland betrifft.

Der deutsche Staat sieht sich dabei vor allen Dingen dem Vorwurf eines „Double Standards“ ausgesetzt. Häufig angeführtes Beispiel hierfür ist, dass Kreuzfixe in deutschen Klassenzimmern hängen dürfen, Kopftücher jedoch kritisch gesehen werden. Es handelt sich dabei um ein sehr deutsches Problem, das auch auf den Säkularismus des Staates²⁸ zurückzuführen ist.

Der deutsche Staat ist sich durchaus der Signifikanz der Islamdebatte für die deutsche Gesellschaft bewusst. Problematisch wird es dann, wenn rationale politische und juristische Überlegungen durch Diskussionen überschattet werden, die auf rein emotionaler Ebene geführt werden oder durch die Komplexität der verschiedenen muslimischen Verbände in Deutschland erschwert werden.

Der Islamkonferenz, die 2006 durch den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble gegründet wurde, wird so vorgeworfen, ein reiner Debattierclub zu sein. Und in der Tat scheinen die Themen, die die Konferenz zur Diskussion gestellt hat, für ein jährlich stattfindendes Treffen umfangreich: deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens, Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis, Wirtschaft und Medien als Brücke²⁹, Sicherheit und Islamismus. Problematischer ist jedoch, dass sich viele Muslime nicht durch das Plenum, das sich neben Vertretern des Bundes, der Länder, der Kommunen und muslimischen Einzelvertretern auch aus sieben Vertretern von muslimischen Dach- und Spitzenverbänden³⁰ zusammensetzt, vertreten fühlen und sie

28 Verflechtungen zwischen Kirche und Staat sind so geduldet, da jedoch zum Beispiel die Kirchensteuer von staatlichen Behörden eingezogen wird und der Religionsunterricht eine staatliche Aufgabe ist, entsteht Konfliktpotential. Denn während Deutschland bis in die achtziger Jahre vor allen Dingen christlich geprägt war, wurden in 2011 jeweils 29% Protestanten und Katholiken, 2,3% Muslime jedoch auch 37,6% Konfessionslose erhoben (vgl. Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland, Religionszugehörigkeit, Deutschland Bevölkerung 1970-2011 [http://fowid.de/fileadmin/datenarchiv/Religionszugehoerigkeit/Religionszugehoerigkeit_Bevoelkerung_1970_2011.pdf]).

29 Dies umschließt die Themenbereiche Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Analyse des Islambildes in Deutschland, Engagement für eine vorurteilsfreie und differenzierte Berichterstattung in den deutschen Medien.

30 Verband Islamischer Kulturzentren e. V. (VIKZ), Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. (AABF), Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e. V. (IGBD), Zentralrat der Marokkaner in Deutschland e.V. (ZMaD), Türkische Gemeinde Deutschland (TGD). Die TGD ist kein islamischer Dach- oder Spitzenverband. Mit der Einbeziehung der TGD sollen insbesondere türkisch-

entweder als zu konservativ oder als zu modern einstufen. Der Zentralrat der Ex-Muslime sieht in der Unterstützung von Moscheebauten und der Schaffung von islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen die „Muslimisierung“ und die „Kommunitarisierung“ der deutschen Gesellschaft, während andere Gruppen wiederum die Schaffung eines „Deutschen Islams“ kritisieren, der sich nur noch nach dem deutschen Grundgesetz und nicht mehr nach dem Koran richtet. Die Vielfalt der muslimischen Dachverbände wird auch dann zur Problematik, wenn wie in NRW islamischer Religionsunterricht in den Schulen angeboten werden soll, da der Unterricht inhaltlich nach Massgaben der jeweiligen Religionsgemeinschaft konzipiert wird, sich jedoch die Frage stellt wie so die unterschiedlichen Konfessionen beachtet werden können.³¹

Die Emotionalisierung der Debatte zeigte sich im Sommer 2012, als das Kölner Landgericht in einem Berufungsurteil die Beschneidung von Jungen als strafbare Körperverletzung wertete, selbst wenn die Eltern einwilligen. Als das Urteil in der Presse laut wurde, begann eine beispiellose Debatte zwischen deutscher Öffentlichkeit, Politikern und Juristen, die durch empörte Zwischenrufen der jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaft verstärkt wurde, dass freie Religionsausübung in Deutschland wohl nicht mehr möglich sei. Dabei handelte es sich lediglich um ein Urteil eines Untergerichts, auf bundesweiter Ebene war dementsprechend keine Rechtssicherheit gegeben. Inzwischen bekam das Beschneidungsgesetz, das die religiöse Beschneidungen unter Auflagen erlaubt³² im Bundestag die Mehrheit.

Die Frage, welcher Platz der Islam in der deutschen Gesellschaft einnimmt oder einnehmen sollte, ist in der Integrationsdebatte von großer Zentralität, sie stellt aber auch immer wieder einen Balanceakt dar. Dass Lösungen jedoch durchaus möglich sind, wenn man gegenseitige Rechte und Pflichten anerkennt, bewies das Bundesland Hamburg. Im August 2012 wurde so ein Vertrag mit den größten muslimischen Verbänden ausgehandelt, der die Themen Religionsunterricht, die Anerkennung von religiösen Feiertagen³³, Grundrechte und die Religionsfreiheit umschließt. Die Debatte, so scheint, kann zu Lösungen führen, wenn die muslimischen Verbände als Vertragspartner anerkannt werden und konkrete gesetzliche Rechtslinien bestehen. Die Islamdebatte hat jedoch bereits

stämmige laizistische (säkulare) Muslime Deutschlands repräsentiert werden. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD) nimmt zurzeit nicht mehr an der Konferenz teil, da er in ihr keinen Mehrwert für die Debatte über den Islam sieht.

31 In Schulversuchen wurde islamische Religionslehre für sunnitische und schiitische sowie alevitische Religionslehre für alevitische Schülerinnen und Schüler erteilt.

32 Diese Meinung wurde durch das Beratergremium von Bundestag und Bundesregierung, dem Ethikrat, der am 23. August 2012 tagte, formuliert.

33 Das Land unternimmt hierfür eine Gesetzesänderung: Die höchsten islamischen und alevitischen Feiertage werden den Status kirchlicher Feiertage erhalten.

verstärkend dazu geführt, dass sich Türken die Frage nach ihrer eigenen Identität und ihrer Zugehörigkeit stellen.

Selbstwahrnehmung Deutscher mit türkischen Migrationshintergrund und Türken dritter Generation

Wenn Herr Selçuk zu Herrn Seltschuk und der Josefsplatz zum Yusufplatz wird³⁴ –

„Was sind wir denn jetzt? Türken oder Deutsche?“, diese Frage stellt Cenk Yilmaz, ein sechsjähriger Junge, im Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“³⁵, nachdem ihn während eines Fußballspiels weder seine türkischen, noch seine deutschen Klassenkameraden ins Team wählen. Was als unschuldige Frage eines kleinen Jungens verstanden werden könnte, spiegelt auf eklatante Weise die Identitätskrise wieder, der sich vor allen Dingen Deutsche mit türkischen Migrationshintergrund bzw. Türken der 3. Generation ausgesetzt sehen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Debatten über Ghettosierung die Medien prägen: In Stadtteilen von Berlin, so der Tenor, würde kein Deutsch mehr gesprochen. Die Rütli-Schule, in der ein großer Anteil der Schüler muslimischen Glaubens ist, würde so durch patriarchalisch türkisch-arabische Verhaltenskodexe geprägt. „Deutschenfeindlichkeit“, so einige Zeitungsberichte, prägt zunehmend die deutschen Schulhöfe, auf denen „deutsch-deutsche“ Schüler durch Schüler mit Migrationshintergrund bedroht und teilweise auch geschlagen werden. Zu zitieren ist an dieser Stelle auch Heinz Buschowsky, der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, der das Phänomen der Parallelgesellschaften in seinem Stadtteil anprangerte und so viel zitierter Politiker in den deutschen Medien wurde.³⁶

34 Zitiert aus „Mein Deutschland - Assimilation der Namen“, Kolumne von Celal Özcan in der Süddeutschen Zeitung, 7. August 2009.

35 Der Film wurde 2011 zum Kassenerfolg in den deutschen Kinos. In der Tragikkömodie werden die Themen Heimat und Identität behandelt.

36 Vgl. hierzu auch sein gerade erschienenes Buch: Buschowsky, Heinz (2012): Neukölln ist überall, Berlin: Ullstein Buchverlag.

Deutsche mit türkischen Migrationshintergrund oder Türken der dritten Generation so wird kritisiert, sind „türkischer“ als die 2. Generation, die „Aufsteigergeneration“, und grenzen sich bewusst von den „deutschen Deutschen“ ab. Ungeklärt bleibt vielmals, worauf sich diese Abgrenzung begründet: Handelt es sich so um eine bewusste Identifikation mit dem Herkunftsland der Eltern bzw. Großeltern, das viele jedoch nicht oder nur durch Urlaubsreisen kennen, oder ist sie als Trotzreaktion auf die deutsche Gesellschaft zu verstehen, in der man nie seinen Platz gefunden hat.

Stärker noch als die „Ghettosierung“ scheint jedoch ein anderes Phänomen Beweis dafür zu sein, dass die „Nachkommen der Gastarbeiter“ sich nicht in der deutschen Gesellschaft willkommen fühlen: Erstmals seit 1985 wurde in 2006 ein negativer Wanderungssaldo (-2.208) bei türkischen Staatsangehörigen festgestellt, der 2008 auf -8.190 anwuchs. Insgesamt ist die Nettozuwanderung von Staatsangehörigen seit 2002 rückläufig.³⁷ Besonders betont werden sollte dabei jedoch, dass es insbesondere die neue „Zuwandererelite“ (ist), die trotz eines universitären Abschlusses, erwägt, in die Heimat der Eltern „zurückzukehren“. ³⁸ Bei Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund gaben 2009 36% an, dass sie eine „Rückkehr“ in die Türkei in Erwägung ziehen.³⁹ Grund sind häufig die fehlenden Zukunftsperspektiven in Deutschland: In einer Studie der Universität Konstanz⁴⁰ wurde so durch einen Versuch mit 1000 Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudenten nachgewiesen, dass Bewerber mit türkischem Namen 14% weniger positive Antworten erhielten als ihre Mitbewerber. In kleineren Unternehmen war die Antwortquote sogar um 24% geringer. Es ist zu betonen, dass es sich bei den fiktiven Bewerbern durchgehend um deutsche Staatsbürger handelte.

„Wir sitzen auf den gepackten Koffern unserer Eltern“ so beschreibt die Autorin Hatice Akyün die Tatsache, dass sich viele „2. und 3. Generationstürken“ zwischen den Stühlen fühlen. Denn ob es sich nun um eine Auswanderung auf Grund von Diskriminierung, vermeintlicher Heimatnostalgie oder eben doch neuer wirtschaftlicher

37 Bundesministerium des Inneren, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010) : Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2008), S. 29.

[http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/876734/publicationFile/55977/Migrationsbericht_2008_de.pdf]

38 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, S. 110.

[http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2010/11/svr_jg_2010.pdf]

39 Sezer, Kamerun/Dağlar, Nilgün (2009): Die Identifikation der TAsD mit Deutschland – Abwanderungsphänomen der TAsD beschreiben und verstehen, Krefeld/Dortmund.

40 Kaas, Leo/ Manger, Christian (2010): Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment, IZA Discussion Paper No. 4741.

Perspektiven der Türkei handelt, auch in der Türkei wartet auf die „Auswanderer“ ein Zwischenstatus: „Deutschländer“ oder „Almancilar“ nennt man in der Türkei die Rückkehrer.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Viele Deutsche mit Migrationshintergrund oder Türken 2. oder 3. Generation sehen ihre doppelte Kultur, die sie rechtlich gesehen nicht durch eine doppelte Staatsbürgerschaft untermauern können, nicht als Manko, sondern als Mehrwert: Heimat ist ein vielfältiger Ort geworden, „Türkischsein“ in Deutschland Kult oder zumindest Quelle eines großen Selbstsatis. Auch der schon erwähnte Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“ kann als Erlösungsschlag gewertet wird, der die klassische Lebensgeschichte einer deutsch-türkische Familie nachzeichnet. Der Großvater, der als Gastarbeiter nach Deutschland kam, singt da schon einmal die deutsche Nationalhymne zu orientalischen Klängen. Schon 2006 wurde die Serie „Türkisch für Anfänger“ von deutschen, aber auch internationalen Medien gefeiert. Die Serie zeigt das Zusammenleben der Patchworkfamilie Schneider-Öztürk und spielt dabei mit den deutschen und türkischen Stereotypen.

Gleichzeitig haben türkische Persönlichkeiten den Einzug in verschiedene Sphären der Gesellschaft genommen. Der derzeitige Parteivorsitzende der Grünen Cem Özdemir hat einen Migrationshintergrund, 2010 erhielt mit der Ernennung von Aygül Özkan zur Sozialministerin von Niedersachsen zum ersten Mal eine türkischstämmige Person ein Ministeramt. Zudem sitzen zurzeit fünf türkischstämmige Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Als Paradebeispiel für eine gelungene Integration wird auch gerne Mesut Özil herangezogen, der für Deutschland seit 2009 in der Deutschen Nationalmannschaft spielt.

Es handelt sich um vorsichtige Schritte, die die deutsche Gesellschaft unternimmt, das Fremdbild scheint sich vor allen Dingen dann zu verbessern, wenn sich die Türkischstämmigen deutlich zu ihrem „Deutschsein“ bekennen. Der Autor Zafer Şenocak verbildlicht dies sicherlich zugespitzt, wenn er in seinem Buch „Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift“⁴¹ schreibt „Schweinefleisch verzehrende, Bier trinkende Muslime, die perfekt Deutsch und kein Türkisch mehr sprechen (wären willkommen). Ein frommer muslimischer Ingenieur, der hier friedlich und rechtschaffend lebt, aber darauf achtet, dass seine Kinder zweisprachig und bikulturell aufwachsen, ist es nicht.“

An dieser Stelle ist also auch wieder auf die Islamdebatte zu verweisen. Wie oben angeführt, kann sicherlich nicht von Islamophobie, jedoch von einer gewissen Skepsis gegenüber dem

41 Şenocak, Zafer (2011): Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift. Hamburg : edition Körber-Stiftung.

muslimischen Glauben gesprochen werden. Diese Wahrnehmung kann indes nur zu einem Konflikt führen, wenn man bedenkt, dass sich die Muslime in Deutschland durch eine hohe Religiosität gekennzeichnet auszeichnen: „90 Prozent der Muslime in Deutschland über 18 Jahre sind religiös, 41 Prozent davon sogar hochreligiös“⁴². Es ist zu unterstreichen, dass häufig voreilige Schlüsse gezogen werden, und Religiosität kein Gegenkonzept zum „Deutschsein“ darstellen muss. In einer Studie des Bundesministeriums des Inneren wird so deutlich, dass 71% der muslimischen Frauen ohne Kopftuch Freundschaftskontakte zu Deutschen pflegen und sich zu 66% stark bzw. sehr stark zu Deutschland verbunden fühlen. Bei Musliminnen mit Kopftuch liegen diese Prozentzahlen bei 51,5% bzw. 63,6%.⁴³

Im Abspann des Films „Almanya – Willkommen in Deutschland“ wird Max Frisch mit den Worten zitiert „Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“. Die Identität dieser Menschen setzt sich in vielen Fällen aus verschiedenen kulturellen Bausteinen zusammen, indem sicherlich der ein oder andere türkische Name eingedeutscht wird, damit der Behördengang einfacher wird, der Josephplatz aber auch mal kurzfristig zum Youssef-Platz umgetauft wird. Deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft, bezeichnen sich gerne auch selbst als „Deutschtürken“. Sie haben sogar ihre eigene „Fahne“ bei der auf Schwarz-Rot-Gold der türkische Halbmond und Stern aufgetragen wurde. Diese Fahne wehte dann bei der Fussball-Weltmeisterschaft 2006 und noch viel mehr bei der Fussball-Europameisterschaft 2008, als Deutschland gegen die Türkei antrat.

42 Bertelsmann-Stiftung (2008): Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken, S.6. [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_25864_25865_2.pdf]

43 Bundesministerium des Inneren (2009): Muslimisches Leben in Deutschland, S.204.

[http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf]

Antworten auf aktuelle Herausforderungen und Defizite

Deutschland versteht sich heute als Einwanderungsland und hat durch die Anerkennung dieser „Realität“ ein Integrationskonzept entwickeln können. Ist Deutschland dadurch jedoch als erfolgreiches „Integrationsland“ zu bezeichnen? Deutlich wurde, dass stark emotional aufgeladene Debatten, die zudem konjunkturell sind, den Herausforderungen, denen sich das Land stellen muss, nicht entsprechen.

Durch den Fokus, der durch die Gesellschaft, teilweise auch durch die Politik vor allen Dingen auf die Integration türkischstämmiger Migranten gelegt wird, durch die einseitige Schlussfolgerung, dass deren Integration mehrheitlich als gescheitert anzusehen ist, sowie durch die Geiselnahme jeglicher Diskussion durch die Begrenzung auf die Islamdebatte, entstand eine fatale Kausalkette, die weder den wirtschaftlichen Herausforderungen noch der aktuellen Zuwanderungsrealität und somit den Integrationsbedürfnissen gerecht wird.

Deutschland braucht vielmehr langfristige Perspektiven, um Spaltungen einer multikulturellen Gesellschaft zu vermeiden und deren Potenziale angesichts der demographischen Probleme des Landes zu nutzen. So ist es unabdingbar, in die Bildung und Arbeitsmarktinklusio n der Migranten zu investieren, um dem demographischen Wandel und den Folgen einer alternden Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die heutigen Integrationsmaßnahmen, die dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ folgen, sind als sinnvoll einzustufen. Durch die relativ späte Definition eines Integrationskonzepts greifen die Maßnahmen jedoch nicht bei allen Empfängern, von denen lange Zeit keine Integrationsleistungen eingefordert bzw. denen keine Strukturen zur besseren Eingliederung in die deutsche Gesellschaft angeboten wurden. Parallelgesellschaften, die gerade bei der muslimischen Bevölkerung Deutschlands vermutet werden, sind ein zentrales Thema, die Auseinandersetzung zwischen salafistischen Bewegungen mit der rechtsradikalen Gruppierung „ProNRW“ sprechen Bände und auch der vereitelte Anschlag von Salafisten am Bonner Hauptbahnhof ist alarmierend. Die Problematik sollte jedoch losgelöst von der Integrationsthematik debattiert werden, da es eine

Randgruppe der Muslime in Deutschland betrifft und diese nicht unbedingt einen Migrationshintergrund haben.

Die emotional aufgeladene Islamdebatte, die in Deutschland losgetreten wurde, muss durch rationale politische und juristische Überlegungen begleitet werden. Ziel müssen klare Vereinbarungen zwischen dem deutschen Staat und der muslimischen Bevölkerung für die verschiedenen Bereiche sein, in denen sich Konflikte bilden können. Beispiel hierfür gibt die Hamburger Initiative, die auf Bundesebene gehoben werden sollte und durch konkrete Zugeständnisse, wie sie bisher nicht durch die Deutsche Islamkonferenz geleistet wurden, wie zum Beispiel der Anerkennung von islamischen Feiertagen, viel zur Annäherung beitragen kann.

Schliesslich sollte die Integrationsfrage weniger durch Emotionen geleitet werden, sondern durch die Politik in die Realität zurückgeführt werden. Die Arbeitsmigration nach Deutschland, beeinflusst einerseits durch die Wirtschaftskrise, andererseits durch die demographischen Bedürfnisse des Landes selbst, wird so neue Migrantengruppen, auch verstärkt aus der EU, nach Deutschland bringen, denen auch bei mittelfristigem Aufenthalt in Deutschland Integrationsangebote unterbreitet werden müssen.

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

Alfred Grosser, *France-Allemagne : le présent en perspective*, « Visions franco-allemandes », n° 21, janvier 2013.

Claudia Major, *La France, l'Allemagne et la défense européenne*, « Visions franco-allemandes », n° 20, janvier 2013.

Roderick Parkes, *Les relations germano-britanniques à l'heure de vérité*, « Note du Cerfa », n° 99, novembre 2012

Hannes Adomeit, *German-Russian Relations: Balance Sheet since 2000 and Perspectives until 2025*, « Note du Cerfa », n° 98, octobre 2012

Stephan Klecha, *La mutation du système des partis allemands : bientôt des pirates à bord ?*, « Note du Cerfa », n° 97, septembre 2012

Lothar Rühl, *Les enjeux du dialogue stratégique à l'échelle franco-allemande*, « Note du Cerfa », n° 96, juillet 2012.

Daniela Schwarzer, *L'Europe face à la crise de la dette : les débats politiques allemands*, « Note du Cerfa », n° 95, juin 2012.

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunfts-dialog“ zuständig.